
Gemeinsame Medienmitteilung des VSLZH und des Vorstands VZS

Zürich, 13. März 2025

Entscheid der Kommission Bildung und Kultur (KBIK) des Kantonsrates zur «Förderklasseninitiative» – Verletzung der Bundesverfassung durch Separation und eine gezielte Täuschung der Kostenneutralität

Eine knappe Mehrheit (8:7) der Kommission Bildung und Kultur (KBIK) beantragt, die «Förderklasseninitiative» ohne Gegenvorschlag direkt umzusetzen. Bereits im Juli 2024 äusserte sich der VZS Vorstand und der VSLZH gemeinsam mit dem Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), der Kantonalen Elternorganisation (KEO) und des Verbandes Fachleitungen Sonderpädagogik (VFSopä) ablehnend zu dieser Initiative.

Die Initiative fordert, dass...

- ...alle Kinder im Kanton Zürich bei Bedarf Zugang zu heilpädagogisch geführten Förderklassen haben;
- die Gewährleistung und Überprüfung der Durchlässigkeit zwischen Förderklasse und Regelklasse gesichert ist;
- ...der Unterricht in diesen kleinen Lerngruppen im gleichen Schulhaus stattfinden soll.

Die KBIK schätzt komplett falsch ein, diesen Ansprüchen «kostenneutral» gerecht werden zu können. Im Gegenteil: sie setzt auf die zu erwartende finanzielle Entlastung durch eine Umverteilung von bisher in den Regelklassen zugewiesenen Ressourcen (personell / monetär): Es ist jedoch mit Transportkosten, zusätzlichen Raumkosten für die neu entstehenden Klassen und ebenfalls mit zusätzlichen personellen Aufwänden zu rechnen.

Theo Meier meint: «Die Parteien, welche die Steigerung der Bildungskosten kritisieren, lösen mit der Unterstützung der Förderklasseninitiative spürbare Kostenfolgen für die Gemeinden aus und ziehen bewusst allen Schülerinnen und Schülern in Regelklassen bisherige Unterstützungsleistungen ab – deshalb stellt die erwähnte Kostenneutralität eine Täuschung dar.»

Sarah Knüsel stellt zudem fest: «Es ist äusserst bedenklich, wenn Bildung zum politischen Spielball wird. Es ist auch nicht zum Wohl der Kinder und Jugendlichen, wenn die Zeit um 50 Jahre zurückgedreht wird. Die Ansprüche an die Volksschule haben zugenommen und können nicht kostenneutral und mit Separation gelöst werden. Wir brauchen niederschwellige, an die jeweilige Schule angepasste und flexible Möglichkeiten, die das gesamte Schulfeld entlasten.»

Deshalb plädieren die beiden grössten Schulführungsverbände im Kanton Zürich mit ihren Geschäftsleitungen für den bereits eingegangenen Vorschlag des Regierungsrates zu den erweiterten Lernräumen. Mit diesen ist es möglich, niederschwellig und angepasst auf lokale Gegebenheiten, Schulen zu stärken und Bildung für alle zu ermöglichen. Zudem ist es jetzt bereits möglich, bei Bedarf Kleinklassen zu bilden.

Für Rückfragen:

Präsident VZS Theo Meier 078 601 11 93 (ab 17 Uhr erreichbar)

Präsidentin VSLZH Sarah Knüsel 076 379 60 03